

Politikwissenschaft,
Verwaltungswissenschaft, Soziologie
– Eine interdisziplinäre Einführung

Prof. Dr. Helmut Breitmeier

Inhaltsverzeichnis

1	Inhaltsverzeichnis	3
2	Vorwort	5
3	Autorenvorstellung	7
4	Disziplinäre Perspektiven	
4.1	Was ist Politikwissenschaft? (Prof. Dr. Annette Elisabeth Töller, Dr. Renate Reiter)	11
4.2	Was ist Verwaltungswissenschaft? (Prof. Dr. Jörg Bogumil)	41
4.3	Was ist Soziologie? (Prof. Dr. Rainer Schützeichel)	59
5	Exemplarische Anwendungen	
5.1	Die politikwissenschaftliche Perspektive auf Demokratie (Prof. Dr. Manfred G. Schmidt)	77
5.2	Die verwaltungswissenschaftliche Perspektive auf Demokratie (Dr. Stephan Grohs)	91
5.3	Soziologie als Demokratiewissenschaft (Prof. Dr. Dr. Leo Kißler)	115
6	Demokratie auf unterschiedlichen politischen Ebenen	
6.1	Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats: Die Kontexttauglichkeit repräsentativer, assoziativer und deliberativer Demokratiemodelle (Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Dr. Sandra Schwindenhammer)	135
6.2	Demokratie auf nationaler Ebene (Prof. Dr. Michael Stoiber)	157
6.3	Die lokale Ebene (Prof. Dr. Lars Holtkamp)	181

2 Vorwort

Dieser Kurs gibt eine interdisziplinäre Einführung in den Studiengang „Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie“. Es wird verdeutlicht, dass es einen großen gemeinsamen Haushalt an Forschungsfragen, -gegenständen und methodischen Zugängen gibt, die über die einzelnen fachlichen Säulen hinaus eine inhaltliche Identität für den gesamten Studiengang bilden.

Der erste Teil des Kurses zeigt die jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte, Forschungsprogramme und methodischen Ansätze der drei fachlichen Säulen Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft und Soziologie auf. Im Anschluss daran wird der Begriff der „Demokratie“ aus der jeweiligen fachlichen Perspektive der drei Säulen beschrieben und diskutiert. Zum Abschluss wird das Konzept des demokratischen Regierens auf lokaler und nationaler Ebene, aber auch jenseits des Nationalstaats beschrieben. Dabei geht es u. a. um verschiedene Demokratietypen, die Messung der demokratischen Qualität des Regierens, insbesondere um die input- und outputorientierte Legitimität des Regierens. Darüber hinaus wird die Rolle von Partizipation bei der politischen Entscheidungsfindung von der lokalen bis zur globalen Ebene aufgezeigt, das Demokratiedefizit des internationalen Regierens problematisiert und Möglichkeiten der Redemokratisierung diskutiert.

Mit diesem Studienbrief sind somit mehrere Lernziele verbunden: *Erstens* sollen die Studierenden eine Einführung in die disziplinären Perspektiven der drei Säulen des Studiengangs erhalten. *Zweitens* sollen Studierende erkennen, dass zwischen diesen Säulen inhaltlich und methodisch große Schnittpunkte bestehen. *Drittens* sollen Studierende lernen, welches Verständnis die drei Disziplinen des Studiengangs über den Begriff der „Demokratie“ entwickelt haben. *Viertens* soll gelernt werden, dass die Demokratie eine stets im Wandel begriffene Form politischer Herrschaft ist und sich daraus auf unterschiedlichen Ebenen des Regierens neue Anforderungen für die Herstellung demokratischer Legitimität ergeben.

Die vorliegenden Texte sollen von Studierenden insbesondere mit Blick auf folgende Leitfragen bearbeitet werden:

Welche Forschungsfragen, Forschungsgegenstände und methodischen Zugänge werden von der Politikwissenschaft, der Verwaltungswissenschaft und der Soziologie verwendet?

Welchen fachspezifischen Blick wählt jede einzelne Disziplin bei ihrer Beschäftigung mit dem Thema der Demokratie?

Inwiefern ergänzen bzw. überschneiden sich diese fachspezifischen Perspektiven bei ihrer Beschäftigung mit dem Thema der Demokratie?

Welche Probleme ergeben sich für das demokratische Regieren auf den unterschiedlichen Ebenen des Regierens? Welche Lösungsmöglichkeiten werden von den einzelnen Autoren für diese Probleme identifiziert?

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren, die mit ihren instruktiven Beiträgen zur Verwirklichung dieses Konzepts beigetragen haben.

Die Erstausgabe dieses Studienbriefs erfolgte bereits im Sommersemester 2012. Für die Ihnen jetzt vorliegende aktualisierte Fassung dieses Studienbriefs wurden die Kapitel von Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Prof. Dr. Dr. Leo Kißler, Prof. Dr. Anette E. Töller/Dr. Renate Reiter, Dr. Stephan Grohs und Prof. Dr. Michael Stoiber überarbeitet. Dafür danke ich den genannten Autorinnen und Autoren herzlich.

Ebenso möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrgebiets Internationale Politik für die redaktionelle Bearbeitung der vorliegenden Beiträge bedanken. Ich danke Daniel Otto für die organisatorische Mitwirkung bei der Einwerbung der Beiträge. Darüber hinaus danke, ich Ulrike De Stena und Sophia Hose für die engagierte und akribische redaktionelle Bearbeitung der eingegangenen Beiträge und für die Erstellung der Druckvorlagen.

Hagen, im Januar 2014

Dr. Angela Oels

3 Autorenvorstellung

Bogumil, Jörg, Prof. Dr., Professur für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum. Ausgewählte Publikationen: Dezentralisierung des Staates in Europa. Auswirkungen auf die kommunale Aufgabenerfüllung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011 (mit Sabine Kuhlmann, Falk Ebinger, Stephan Grohs und Renate Reiter); Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt: empirische Untersuchung zu den Auswirkungen des europäischen Beihilfe- und Vergaberechts insbesondere im Abwasser- und Krankenhausesektor sowie in der Abfallentsorgung. Düsseldorf: Schriftenreihe des Ministers für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2011 (mit Johann-Christian Pielow, Jens Ebbinghaus, Sascha Gerber und Maren Kohrmeyer); Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2009 (mit Werner Jann); Kommunale Aufgabenwahrnehmung im Wandel: Kommunalisierung, Regionalisierung und Territorialreform in Deutschland und Europa. Wiesbaden 2010: VS-Verlag für Sozialwissenschaften (mit Sabine Kuhlmann).

Breitmeier, Helmut, Prof. Dr., Professur für Internationale Politik an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: The Effectiveness of International Environmental Regimes: Comparing and Contrasting Findings from Quantitative Research, in: International Studies Review 13: 2 2011, 1468-1486 (mit Arild Underdal und Oran R. Young); Sektorale Weltordnungspolitik. Effektiv, gerecht und demokratisch? Baden-Baden: Nomos (Hrsg. mit Michèle Roth und Dieter Senghaas); The Legitimacy of International Regimes. Aldershot: Ashgate 2008; Analysing International Environmental Regimes: From Case Study to Database. Cambridge, Mass: MIT Press 2006 (mit Oran R. Young und Michael Zürn); Die Output-orientierte Legitimität des globalen Regierens: Empirische Befunde aus der quantitativen Erforschung internationaler Umweltregime, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 13: 1 2006, 39-75.

Grohs, Stephan, Dr., Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz. Ausgewählte Publikationen: Dezentralisierung des Staates in Europa. Auswirkungen auf die kommunale Aufgabenerfüllung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden 2011: VS-Verlag für Sozialwissenschaften (mit Sabine Kuhlmann, Jörg Bogumil, Falk Ebinger und Renate Reiter); Modernisierung kommunaler Sozialpolitik. Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010; Zehn Jahre Neues Steuerungsmodell. Eine Bilanz kommunaler Verwal-

tungsmodernisierung. (Modernisierung des öffentlichen Sektors. Sonderband 29). Berlin: Edition Sigma 2007 (mit Jörg Bogumil, Sabine Kuhlmann und Anna K. Ohm); Evaluating Administrative Modernization in German Local Governments: Success or Failure of the "New Steering Model"?, in: Public Administration Review 68: 5 2008, 851-863 (mit Sabine Kuhlmann und Jörg Bogumil).

Holtkamp, Lars, Prof. Dr., Professur für Politik und Verwaltung an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen. Schriftenreihe Modernisierung des öffentlichen Sektors Bd. 33. Berlin: Edition Sigma 2010; Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen, Heinrich Böll Stiftung, Berlin 2010 (mit Sonja Schnittke); Kommunale Entscheidungsstrukturen im Wandel, in: Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (Hrsg.): Handbuch kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 53-64; Öffentliche Haushalte zwischen demokratischer Steuerung und administrativer Effizienz, in: Bernhard Blanke, Frank Nullmeier, Christoph Reichard und Göttrik Wewer (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 408-418 (mit Heinrich Mäding).

KiBler, Leo, Prof. Dr. Dr., Professur für Politische Soziologie an der Philipps-Universität Marburg. Ausgewählte Publikationen: Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011 (mit Ralph Greifenstein und Karsten Schneider); Mitbestimmung im Spiegel der Forschung. Eine Bilanz der empirischen Untersuchungen 1952-2010. Berlin: Edition Sigma 2010 (mit Ralph Greifenstein); Kommunale Demographiepoltik. Berlin: Edition Sigma 2010 (mit Elke Wiechmann); Politische Soziologie. Grundlagen einer Demokratiewissenschaft. Stuttgart: UVK Verlag 2007.

Reiter, Renate, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikfeldanalyse an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: Dezentralisierung des Staates in Europa. Auswirkungen auf die kommunale Aufgabenerfüllung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011 (mit Sabine Kuhlmann, Jörg Bogumil, Falk Ebinger und Stephan Grohs); Politiktransfer der EU. Die Europäisierung der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Frankreich. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010; Dezentralisierungsstrategien im Leistungsvergleich: Wirkungen von Dezentralisierungspolitik auf die Leistungsfähigkeit der Lokalsysteme in Deutschland, Frankreich und England, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (EZFF) Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2011. Baden-Baden: Nomos 2011 (mit Falk Ebinger, Stephan Grohs, Sabine Kuhlmann und Jörg Bogumil); Impacts

of decentralization. The French experience in a comparative perspective, in: French Politics Vol. 8, No. 2, 2010, 166-189 (mit Stephan Grohs, Falk Ebinger, Sabine Kuhlmann und Jörg Bogumil).

Schmidt, Manfred G., Prof. Dr., Professur für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Ausgewählte Publikationen: Das politische System Deutschlands: Institutionen, Willensbildung und Politikfelder. München: Beck 2011; Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010; Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner Verlag 2010; Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007 (Hrsg. mit Tobias Ostheim, Reimut Zohlhöfer und Nico A. Siegel).

Schützeichel, Rainer, Priv.-Doz. Dr., FernUniversität in Hagen, Vertretungsprofessur für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Ausgewählte Publikationen: Kontingenzarbeit. Die psycho-soziale Beratung als Funktionsbereich, in: Michael N. Ebertz und Rainer Schützeichel (Hrsg.): Sinnstiftung als Beruf. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 129-144; Die Logik des Sozialen. Entwurf einer intentional-relationalen Soziologie, in: Gert Albert, Rainer Greshoff und Rainer Schützeichel (Hrsg.): Dimensionen der Sozialität. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 339-376; Soziologie der Stimme. Über den Körper in der Kommunikation, in: Reiner Keller und Michael Meuser (Hrsg.): Körperwissen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 85-104; Doing Systems. Eine handlungstheoretische Kritik der Theorie funktionaler Differenzierung, in: Thomas Schwinn, Jens Greve und Clemens Kroneberg (Hrsg.): Soziale Differenzierung. Erkenntnisgewinne handlungstheoretischer Zugänge. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 73-91.

Schwindenhammer, Sandra, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: Nationale Bedingungen und freiwillige unternehmerische Normbefolgung. Eine Analyse deutscher Unternehmen der G500 in der Global Reporting Initiative. Baden-Baden: Nomos 2011; Vom Business Case zum Public Case? Der Beitrag privater Selbstregulierung zu Global Governance (mit Klaus Dieter Wolf), in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 12: 1 2011, 10-28; The Role of Business in Global Governance. Corporations as Norm-Entrepreneurs. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010 (mit Annegret Flohr, Lothar Rieth und Klaus Dieter Wolf); Variations in Corporate Norm-Entrepreneurship: Why the Home State Matters, in: Morten Ougaard und Anna Leander (Hrsg.): Business and Global Governance. London: Routledge 2010, 235-256 (mit Annegret Flohr, Lothar Rieth und Klaus Dieter Wolf).

Stoiber, Michael, Prof. Dr., Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratietheorie. Baden-Baden: Nomos 2011; Demokratien im Vergleich. Eine Einführung in den Vergleich politischer Systeme. Wiesbaden: VS-Verlag 2006 (mit Heidrun Abromeit); Ein übertragbarer Amtsinhaber-Bonus bei Kommunalwahlen. Eine vergleichende Analyse in drei Bundesländern, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Heft 2/2008, 1-28 (mit Björn Egner). Heterogeneity, participation and democratic quality in Latin America: a comparison between Bolivia, Colombia, Ecuador and Peru, in: Comparative Sociology, Special Issue „Democracy and Heterogeneity“, 2011 (mit Michèle Knodt).

Töller, Annette Elisabeth, Prof. Dr., Professur für Politikfeldanalyse an der FernUniversität in Hagen. Ausgewählte Publikationen: Warum kooperiert der Staat? Kooperative Umweltpolitik im Schatten der Hierarchie. Schriftenreihe Staatslehre und politische Verwaltung. Baden-Baden: Nomos 2011; Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytisch orientierte Einführung. Kurs Nr. 03900 der FernUniversität in Hagen 2011 (mit Michael Böcher); Voluntary Approaches to Regulation-Patterns, Causes and Effects, in: David Levi-Faur (Hrsg.): The Handbook of the Politics of Regulation. Cheltenham: Edward Elgar 2011, 187-192; Concepts of Causality in Quantitative Approaches to Europeanization, in: Claudio Radaelli und Theofanis Exadactylos (Hrsg.): Establishing Causality in Europeanization Research. London: Palgrave Macmillan 2011.

4 Disziplinäre Perspektiven

4.1 Was ist Politikwissenschaft?

Renate Reiter und Annette Elisabeth Töller¹

4.1.1 Einleitung

Man kann es sich erst einmal leicht machen und Politikwissenschaft als die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Politik definieren. Damit ist aber nicht viel gewonnen, denn der deutsche Politikbegriff ist wenig aussagekräftig. Daher wird in Einführungen immer gerne – und zu Recht – auf den dreigeteilten englischen Politikbegriff Bezug genommen, der die Begriffe Polity, Politics und Policy umfasst. Der Begriff Polity steht für die Institutionenordnung, also dauerhafte Regelsysteme und aus ihnen hervorgegangene Organisationen, die als Bestandteile des Regierungssystems die politische Ordnung regelrecht verkörpern, wie etwa das Parlament, die Regierung oder etwa die Verfassung, aber auch informelle Regelsysteme. Der Begriff Politics bezieht sich auf politische Prozesse. Er bezeichnet die Konfliktdimension des Politischen, hier geht es um Interessen, Macht und Ideologien, die die gesellschaftlichen Akteure (Interessenverbände, Gewerkschaften, Parteien etc.) in die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung einbringen, über die sie sich auseinandersetzen und an denen sie sich im Rahmen bestimmter formaler oder informeller Verfahren ‚abarbeiten‘ mit dem Ziel, ihren jeweiligen Einzelwillen gegenüber anderen Akteuren durchzusetzen, in strittigen Fragen Konsens zu erreichen oder Kompromisse zu finden; auch das Nicht-Entscheiden – ob von den Akteuren gewollt oder nicht – wird vom Politics-Begriff erfasst. Schließlich bezeichnet der Begriff der Policy oder Policies die dritte begriffliche Dimension von „Politik“, womit kollektiv verbindliche, materielle Regelungen in Politikfeldern (z. B. Sozial-, Umwelt- oder Verkehrspolitik) erfasst werden. Politische Auseinandersetzungen beziehen sich zumeist auf Policies, also auf bestimmte Sachfragen und Inhalte politischer Entscheidungen, aber es geht dabei auch um die Erhaltung oder Stärkung von Machtpositionen oder die Durchsetzung von Ideologien.

Drei Dimensionen der Politik: Polity, Politics, Policy

Ist nun der *Gegenstandsbereich* der Politikwissenschaft etwas genauer umrissen, so müsste die Frage eigentlich heißen: Was ist Politikwissenschaft *heute*? Denn die Politikwissenschaft als solche hat eine lange Geschichte. Sie geht zunächst zurück auf antike Autoren wie Aristoteles und Platon, die sich mit Regierungsformen und Staatsverfassungen (z. B. Aristokratie, Oligarchie,

Politikwissenschaft geht ursprünglich auf Autoren der Antike zurück

¹ Wir danken Sylvia Pannowitsch für hilfreiche Kommentare zu diesem Text, Regina Herzbruch-Schütte für die Textkorrektur und Stefan Hatzenberger für die Erstellung der Literaturliste.

Demokratie) sowie ihren Vor- und Nachteilen befassten. Sie geht auch zurück auf Autoren der Renaissance und Aufklärung, die über Macht, die Regierungskunst und die gerechte Herrschaftsordnung im Staat nachdachten; oft (und zu Recht) wird hier auf Machiavelli Bezug genommen ebenso wie auf Thomas Hobbes, John Locke oder auch Alexis de Tocqueville. Die Politikwissenschaft beruft sich zudem auch auf moderne Klassiker der Geschichtsphilosophie wie Karl Marx und der Soziologie oder – im weiteren Sinne – der Gesellschaftstheorie wie Max Weber, Emile Durkheim oder auch Niklas Luhmann; ihnen verdankt sie u. a. Erkenntnisse zum Einfluss der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Strukturierung des Staates und zur Verteilung staatlicher im Verhältnis zu gesellschaftlicher Macht, zur bürokratischen Organisation der Staatsverwaltung als ein tragendes Element des modernen Rechtsstaates, zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung und zum politischen System mit seiner spezifischen Funktionslogik gegenüber anderen Systemen, wie dem der Wirtschaft. Insbesondere die deutsche Politikwissenschaft geht auch zurück etwa auf die Policywissenschaft, die ihre Wurzeln in der Staats- und Verfassungsrechtslehre des späten 19. Jahrhunderts hat und sich mit der Frage nach den konkreten Aufgaben des modernen Rechts- und Verfassungsstaates befasste. Und schließlich verzichtet keine Einführung ins Fach auf den Hinweis, dass die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft auch im Kontext der spezifischen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg sowie im Kontext der deutschen Wiedervereinigung betrachtet werden muss. Seit Gründung der Bundesrepublik und ‚Revitalisierung‘ des Fachs in den 1950er Jahren strebte die Politikwissenschaft immer wieder an, eine Balance zwischen den Anliegen der „Verwissenschaftlichung der Politik“ (König 1999: 21) und der Entwicklung (oder Bewahrung) eines kritischen Blicks auf die Politik (Buchstein/Göhler 1994: 19) zu finden.

Wandel in der Politik und
in der Wissenschaft

Wenn man die antike und klassische Auseinandersetzung mit Politik außer Acht lässt und sich nur mit der heutigen Politikwissenschaft, also der Disziplin, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, befasst, wird zunächst eines schnell deutlich: Die Politikwissenschaft (und zwar besonders, aber nicht nur die deutsche) hat vor allem in den vergangenen 20 Jahren einen gravierenden Wandel erfahren. Und dieser Wandel speist sich aus Veränderungen sowohl im Hinblick auf die *Politik* als auch im Hinblick auf die *Wissenschaft* (Levi-Faur 2005):

Erstens gibt es vor allem durch die gravierenden Veränderungen der internationalen Ordnung infolge der Auflösung des Ost-West-Konfliktes, die europäische Integration, die Globalisierung und (zuletzt) die internationalen Finanzkrisen – um nur die wichtigsten Entwicklungen zu nennen – einen vielfältigen Wandel des Gegenstands „Politik“ an sich festzustellen.

Die Politik als Gegenstand wissenschaftlichen Interesses hat in allen drei Dimensionen Wandel erfahren: Dies gilt für traditionsreiche Institutionen wie

den Deutschen Bundestag (s. u.) wie auch – trotz allem Beharrungsvermögen – sogar für den deutschen Föderalismus. Beschäftigt man sich mit der *Politics*-Dimension von Politik, wird deutlich, dass auch die politischen Prozessformen einem Wandel unterliegen. Das lässt sich in keinem Feld so gut zeigen wie bei der gewandelten Struktur und Wirkungsweise der Verbände in Deutschland (s. u.). Und schließlich beobachten wir vor dem Hintergrund der eingangs genannten Veränderungen auch einen Wandel vieler Politikinhalte (*Policies*). Diese Dimension des Politikbegriffs inkorporiert Wandel oder Veränderung am stärksten: Jede neue Policy stellt letztlich einen Policy-Wandel dar (Capano/Howlett 2009) – die Frage stellt sich nur, in welchem Umfang und in welcher Art. Denn Policy-Wandel ist alles andere als selbstverständlich, denn viele Policies haben ihre eigene ‚Geschichte‘, entwickeln sich „pfadabhängig“ und werden mitunter nur durch harte externe Einflüsse, wie z. B. Regelungen der EU, aus ihrer inhaltlichen Entwicklungsbahn geworfen. Spannend ist aber die Frage, ob in Zeiten der Globalisierung dieser Wandel eine bestimmte, über einzelne Fälle und Länder hinweg beobachtbare Richtung hat. Wenn beispielsweise überall ein Abbau von Sozialstandards oder ein Ausbau von Umweltschutzpolitiken, eine Privatisierung von Infrastrukturleistungen oder eine Regulierung vormals rein privater Lebensbereiche zu beobachten ist, dann spricht man von Konvergenz (z. B. Holzinger et al. 2010). Allerdings gibt es auch viele Felder, in denen Divergenz bestehen bleibt oder sogar zunimmt. Sicher hängt es mit dem gerade beschriebenen Wandel des Gegenstands der Politikwissenschaft zusammen, dass die Politikwissenschaft sich heute, viel mehr noch als etwa in den frühen 1980er Jahren, vorrangig für Wandel interessiert (Levi-Faur 2005), wobei das Ergebnis im Einzelfall eben auch das (ggf. überraschende) Ausbleiben von Wandel, also Kontinuität oder Stabilität, sein kann (z. B. Töller 2010).

Die Politik hat zweitens darüber hinaus auch eine Neudimensionierung erfahren. Zwar erscheint die Diagnose von Susan Strange, der Staat würde durch Verlagerung von Entscheidungen nach unten (auf die regionale Ebene), nach oben (auf die transnationale und internationale Ebene) und auf die Gesellschaft ausgehöhlt (Strange 1996), aus heutiger Sicht deutlich übertrieben. Aber tatsächlich meint Politik“ heute nicht mehr so klar wie noch vor einigen Jahrzehnten alleine die *nationale Politik*. Prozesse der Transnationalisierung des Regierens (also der Verlagerung des politischen Prozesses und der Politikentwicklung auf Ebenen und in Institutionensysteme jenseits des Nationalstaates, also v. a. auf die europäische, aber auch die internationale Ebene und deren Institutionen) haben das ursprünglich stark auf die nationale Ebene fixierte Interesse der Politikwissenschaft ausdifferenziert und (neue) disziplinäre Spezialisierungen herbeigeführt. Ähnlich haben auch Prozesse der Dezentralisierung und Regionalisierung (also der Verlagerung nicht nur von staatlichen Aufgaben auf Institutionen und Akteure auf den unteren subnationalen Ebenen, wie z. B. den Regionen oder den Städten und Gemeinden) den Fokus der Analyse verändert. Die Sphäre, für die Politik heute zu-

Politik ist nicht mehr
vorrangig nationale
Politik

ständig ist, hat sich einerseits erweitert, etwa durch umfassende sozialstaatliche Ansprüche oder auch beispielsweise die Aufgabe der vorsorgenden Risikoregulierung². Andererseits hat sich die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Prozesse der Privatisierung, also der (Rück-)Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf gesellschaftliche und/oder private Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung verändert, wobei Privatisierung eben in der Regel nicht weniger Staat, sondern eine andere Art der Beteiligung des Staates (Regulierung statt Leistungserbringung) bedeutet (Vogel 1996).

Wissenschaft heißt beschreiben *und* erklären

Drittens ist ein Wandel in der Art und Weise festzustellen, wie Wissenschaft – die Politikwissenschaft – mit dem Gegenstand „Politik“ umgeht: Die Vorstellung, was politikwissenschaftliche Forschung zu leisten habe, um die Bezeichnung „wissenschaftlich“ zu verdienen, hat sich geändert. Die Deskription bestehender Situationen und Konstellation ist heute zwar ein nach wie vor wichtiger und notwendiger erster Schritt einer Analyse, gilt aber als solche nicht mehr als hinreichend. Zunehmend setzt sich die Auffassung durch, dass es die Aufgabe von Politikwissenschaft ist, politische Phänomene nicht nur zu beschreiben, sondern auch kausal zu erklären, also theoriegeleitet allgemeine Aussagen darüber zu erarbeiten, warum es zu einem bestimmten politischen Phänomen gekommen ist und ggf. auch Prognosen (oder zumindest Szenarien) darüber aufzustellen, unter welchen Bedingungen es in diesem Bereich in der Zukunft zu welchen Entwicklungen kommen dürfte (Mayntz 2009: 11–12).

Qualitative und quantitative Methoden

Damit einhergehend finden wir einen Wandel in der Einstellung zu den zu verwendenden Arbeits- und Analysemethoden vor. Lange Zeit standen sich qualitative und quantitative Methoden in der Politikwissenschaft relativ unversöhnlich gegenüber. Qualitative Methoden ermöglichen es, den untersuchten Gegenstand auf der Mikroebene in seinen unterschiedlichen Facetten und Einzelheiten zu erfassen und zu rekonstruieren (z. B. durch Fallstudien, Vergleichsstudien, Längsschnittstudien auf Basis von Text-/Sekundär- und/oder Dokumenten-/Quellenanalyse und/oder Leitfaden gestützten Interviews), mithin das Phänomen zu „verstehen“ – sie bleiben hierbei aber normalerweise auf Studien mit kleiner Fallzahl beschränkt. Quantitative Methoden tragen demgegenüber dazu bei, den Gegenstand auf der Makroebene in seiner Häufigkeit als Phänomen und seiner übergreifenden Veränderungsfähigkeit oder -resistenz unter Einwirkung äußerer Einflussfaktoren darzustellen (z. B. durch Regressionsanalysen) und zielen stärker darauf, zu „erklären“ (Jahn 2006: 161), und dies mit größeren Fallzahlen. Heute kritisieren Autoren, die selbst mit quantitativen Methoden und Forschungsverfahren arbeiten, die Aussagkraft von deren Ergebnissen (z. B.

² Vorsorgende Risikoregulierung bedeutet, dass man bestrebt ist, Risiken zu regulieren, bevor Schäden eintreten.

Kittel 2006), während Vertreter qualitativer Methoden sich um eine Verbesserung der Intersubjektivität und der Erfassung von Regelmäßigkeiten und Häufigkeiten bemühen (z. B. Blatter et al. 2007: 189). Geeint werden diese ‚methodischen Grenzgänger‘ von der Idee, dass sozial- oder politikwissenschaftliche Arbeitsmethoden nicht Selbstzweck sind, sondern die Erfassung und Erklärung des Forschungsgegenstands – und dies ist vor allem das Phänomen des Politikwandels – zum Ziel haben. Immer zahlreicher werden daher die Analysen, die quantitative und qualitative Methoden miteinander kombinieren (Triangulation) (z. B. Allan/Scruggs 2004). Insgesamt darf hier behauptet werden, dass der ursprüngliche Methodenstreit durch den allmählichen Einzug eines Methodenpluralismus in die Praxis überholt wird.

Und schließlich interpretieren Politikwissenschaftler/innen ihre eigene Rolle heute anders als noch vor einigen Jahrzehnten. Die Politikwissenschaft (wie auch andere Wissenschaftsdisziplinen) steht häufiger im Austausch mit ihrem Gegenstand, der Politik. Neben die Rolle des neutralen, wissenschaftlichen Beobachters, der idealerweise ‚objektiv‘ analysiert, ist zunehmend die Rolle des Politikberaters getreten. Dabei geht es aber nicht nur um die Bereitstellung objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse für politische Entscheidungen, sondern auch gerade um die Frage *politischer* Passgenauigkeit und Verwendbarkeit von Konzepten und Ideen (Böcher 2009).

Politikwissenschaft und
Politikberatung

Während sich also in den letzten 20 Jahren sowohl die Politik und unser Verständnis von Politik im weitesten Sinne als auch unser Verständnis, wie die Wissenschaft damit umgeht und welches ihre Aufgaben sind, geändert haben, hat sich die disziplinäre Grundordnung der Politikwissenschaft in derselben Zeit als erstaunlich stabil erwiesen. Seit Jahrzehnten gibt es die folgenden etablierten Subdisziplinen:

Stabile disziplinäre
Grundordnung

1. Regierungslehre,
2. Vergleich oder vergleichende Regierungslehre,
3. Internationale Beziehungen und
4. Politische Theorie.

Als eigenständige Subdisziplinen etabliert haben sich zudem in den letzten 20 Jahren:

5. Methoden,
6. politikwissenschaftliche Verwaltungswissenschaft und
7. Politikfeldanalyse.

Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft sind dabei vergleichsweise frei in der Wahl der territorialen Ebene, mit der sie sich beschäftigen: Policies wie auch Verwaltungsstrukturen kann man auf lokaler, regionaler, nationaler

Ebene, ländervergleichend, im europäischen, im transnationalen oder auch im internationalen Kontext betrachten (siehe z. B. Hustedt et al. 2014).³

Ist die disziplinäre Struktur weitgehend stabil geblieben, so hat sich mit dem oben beschriebenen Wandel doch verändert, was sich hinter diesen subdisziplinären „Markennamen“ verbirgt. Betrachtet man – als ein zentrales Beispiel – die Regierungslehre, so war und ist diese vielleicht den gravierendsten Veränderungen unterworfen. Denn erstens kann man heute das deutsche Regierungssystem nicht mehr adäquat analysieren, ohne dessen Einbettung in andere komplexe „Mehrebenensysteme“, insbesondere das der Europäischen Union, zu berücksichtigen (z. B. Beichelt 2009). Zweitens gilt es nicht mehr als angemessene Beschäftigung, das Regierungssystem oder einzelne dieses System konstituierende formale Institutionen, wie z. B. den Deutschen Bundestag, zu *beschreiben* (z. B. Ismayr 2001; von Beyme 2011). Wie gut und einsichtsvoll auch immer eine solche Beschreibung sein mag, es geht heute hier – wie in allen Subdisziplinen – vielmehr auch darum, theoriegeleitet nach Ursachen für bestimmte Veränderungen zu forschen und systematisch nach Erklärungen zu suchen. So befasst sich z. B. die Parlamentsforschung als ein Zweig der Regierungslehre mit dem Wandel der Beziehungsmuster, die Parlamentarier mit anderen politischen Institutionen (z. B. die Bundesregierung und die Ministerialbürokratie) oder gesellschaftlichen oder auch privaten Organisationen (z. B. Interessenverbände, Unternehmen) pflegen und stellt dabei Frage, wie sich dieser Wandel auf das Entscheidungsverhalten auswirkt und warum er im konkreten Entscheidungsfall möglicherweise überraschendes Verhalten hervorgebracht hat.

Im Zentrum steht der Wandel

Ausgehend von den gerade benannten (eher stabilen) Grundstrukturen der Politikwissenschaft einerseits und den skizzierten umfassenden Wandlungstendenzen in Politik und Wissenschaft andererseits soll Politikwandel in den drei Politikdimensionen im Folgenden näher betrachtet werden.

³ Europäisch bezieht sich in unserem Verständnis auf den Wirkungsbereich der Europäischen Union, während transnational jedweden Wirkungsbereich jenseits des Nationalstaates meint, der aber nicht notwendigerweise umfassend international sein muss.